

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Röblich, Bernsdorf, Räsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, des Wöllengrund, Rübischappel und Trifelsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags nachmittags. — Bezugspreis: 375,— M. monatlich frei ins Haus. Der gleiche Preis gilt auch für unsere Postbezieher. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 15,— M.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Grundzeile wird mit 20,— M., für auswärtige Besteller mit 30,— M. berechnet. Im Reklame und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 45,— M., für Auswärtige 65,— M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschlüssel: „Tageblatt“. Postkontokonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsunterstützung, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Roth & Wilhelm Rector Lichtenstein-C., Postamt Wilhelm Rector in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 296

Donnerstag, den 21. Dezember 1922

72. Jahrgang.

Europa hat das Wort.

Paris, 20. Dezember. In Paris wird zwar von allen Seiten demontiert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in Paris irgendwelche offiziellen oder inoffiziellen Schritte unternommen hätte, um ein gemeinsames Vorgehen in der Reparationsfrage anzugehen. Trotzdem besteht kein Zweifel darüber, daß die amerikanische Regierung vor einigen Tagen dem französischen Volkshaus gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, daß sie es begrüßen würde, wenn eine internationale Konferenz einberufen würde, die damit beauftragt werden müßte, eine wissenschaftliche Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands vorzunehmen, und daß die amerikanische Regierung gerne bereit sei, an dieser Konferenz teilzunehmen. Das wird auch den Pariser Blättern aus Washington von ihren eigenen Korrespondenten gemeldet, und sie müssen diese Nachrichten neben die Dementis der französischen Regierung setzen.

Eine ausführliche Darstellung der amerikanischen Absichten gibt der „Petit Parisien“.

1. Man muß die augenblickliche Zahlungsmöglichkeit Deutschlands festsehen, der amerikanischen Sachverständigen angehören, die nicht notwendigerweise offizielle Vertreter der amerikanischen Regierung zu sein brauchen.

2. Die Möglichkeit, daß die auf solchem Wege festgestellte Reparationsschuld es gestattet, mit Hilfe der amerikanischen Bankiers und mit Billigung der amerikanischen Regierung eine internationale Anleihe aufzulegen unter den Bedingungen, die im Bericht Morgans vom Juni dieses Jahres enthalten seien. Also die Bedingungen für diese Anleihe seien, daß sie auf Verlangen und zum Nutzen der Alliierten gemacht werde, daß Deutschland seine Finanzlage in Ordnung bringe und klar den Beschluß zum Ausdruck bringe, sich wieder aufzurichten.

Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei keine Aussicht vorhanden, eine Wirtschaftskonferenz zusammen zu berufen, um zu gleicher Zeit die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden zu prüfen. Er geht auch zu, daß Deutschland gegebenenfalls eine mäßige, kurzfristige Anleihe auf dem amerikanischen Markt erhalten könne. Die Hauptaufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten richtete sich auf Frankreich und seine Haltung in der Reparationsfrage. Man erkläre, daß die vorgeschlagenen Pläne und das Verlangen nach Herabsetzung der Reparationsschuld nicht aus Vorliebe für Deutschland hervorgegangen seien und daß niemand von Frankreich die Annahme eines Betrages verlange, der hinter der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zurückbliebe. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die Angelegenheit jenseits des Ozeans eine neue Entzündung nehme, bevor die Ergebnisse der Januar-Konferenz bekannt seien. Man sei der Ansicht, daß jetzt Europa, besonders aber Frankreich, das Wort habe.

Besonders betonen die Pariser Blätter, daß die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt sei, eine entgegenkommende Politik in der Frage der Schulden der Alliierten

gegenüber einzuschlagen, indem sie je nach der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder Milderungen walten lassen wollte. Diese Darstellung steht jedoch in gewissem Widerspruch mit amerikanischen Stimmen, die erklären, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht die Absicht habe, die Schulden der einzelnen Länder an Amerika in Beziehung zur Reparationsfrage zu setzen.

Nach dem „Newport Herald“ bereitet die französische Regierung eine Uebersicht über die wirtschaftlichen Vorteile einer Ausbeutung des Ruhrpandes vor. Man hoffe auf französischer Seite, Bonar Law am 2. Januar davon zu überzeugen, daß die französischen Pläne die beste Lösung des Reparationsproblems darstellten.

Kaß das einzige Blatt, das die Haltung der französischen Regierung nicht billigt, ist das „Devoir“, das erklärt, Poincaré denke mehr an das Ruhrgebiet und seine Pfänder, als an das Zahlungsstatut, und wenn er demnach Zahlungsforderungen stelle, so sei das nur Schamgefühl, um nicht zu sagen Vorwitz. Das ist ein klarer Hinweis auf die von uns schon oft betonte Tatsache, daß es Poincaré gar nicht auf Zahlungen, sondern nur auf die Zertrennung Deutschlands ankommt.

Die Stimme Cassels.

Stockholm, 19. Dezember. Im „Svenska Dagbladet“ wendet sich Professor Cassel scharf gegen Frankreich. Er schreibt: Frankreich will sich dafür bezahlen lassen, daß es sich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt nicht in den Weg stellt.

Wie lange wird sich die Welt noch in ein solches Schwedenregiment finden und dulden, daß eine einzige Macht gegen jede wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit Obstruktion treibt?

Frankreich ist selbst ein großer Schuldner und bedarf täglich der Nachsicht wegen seiner ausgebliebenen Zahlungen. Es ist gefährlich für Frankreich, allzu sehr die Notwendigkeit der Pfänderpolitik hervorzuheben, denn es hat mächtige Gläubiger, die auch, wie Poincaré sich ausdrückt, auf den Gedanken kommen könnten, etwas vom Reichtum des Schuldners zu retten, dadurch, daß sie sich territoriale Pfänder oder produktive Garantien schaffen. Das veranlaßt und ausgejogene Deutschland ist weit mehr verwüstet als Frankreich es nach Kriegeschluss war, und es wird kaum jemand glücken, die Welt davon zu überzeugen, daß Deutschland aus moralischen Gründen so hart für veräumte Zahlungen bestraft werden muß, während Frankreich sich weigert, seine eigenen Schulden nur ernsthaft zu erörtern. Frankreichs Leben und Zukunft hänge davon ab, daß es schlunigt von einem Kurie Abstand nimmt, der das Land in eine so gefährliche Lage gebracht hat.

Sterabsetzung der Besatzungskosten zu treten und die Zahl der Besatzungstruppen wesentlich herabzusetzen. — Man erwartet plötzlich recht viel von Amerika. Hoffentlich geht wenigstens etwas in Erfüllung.

Lärmjahren im thüringischen Landtag.

In der Sitzung des Landtages kam es anlässlich der Stellung von Anträgen seitens der V. S. P. und der Kommunisten betr. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und anderen Hilfsmaßnahmen auf den beiden von Erwerbslosen aus ganz Thüringen überfüllten Tribünen zu unerhörten Ausschreitungen. Als der Präsident geschäftsordnungsmäßig bekannt gab, daß die Anträge morgen beraten werden sollten, erhob sich auf den Tribünen ein großer Lärm, der jede Äußerung des Präsidenten und der Minister unmöglich machte. Die Demonstranten verlangten die sofortige Beratung und Beschlussfassung. Trotz wiederholter Mahnung des Präsidenten zur Ruhe, tobten die durch die vorausgegangenen Reden der kommunistischen Abgeordneten Neubauer und Zimmermann aufgereizten Massen weiter, sodass die Sitzung unterbrochen und ein Zug Landespolizei requiriert wurde, welchem es unter großer Mühe gelang, nach Verkauf einer Stunde die Tribünen zu räumen. Die Demonstranten setzten ihre Kundgebungen auf dem Fürstenplatz fort, wo der Abg. Neubauer von den Stufen des Dort-

mals eine aufreizende Rede hielt. Schließlich wurde der Platz durch die Landespolizei völlig abgesperrt.

Rauburg gegen Bayern?

Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ bringt unter der Überschrift: „Die Explosion“ eine Zuschrift aus Rauburg zum Abdruck, deren Kern wörtlich lautet: Am Sonntag, den 17. Dezember fand im Rauburger Bezirke eine Unterschriftensammlung statt zwecks Zulassung der Abstimmung über die Loslösung des Rauburger Gebietes von Bayern die, soweit wir bis jetzt in Erfahrung bringen konnten, trotz der unvollständigen Durchführung die erforderliche Unterschriftenzahl rasch und mühelos ergab. Von 26 000 Wahlberechtigten haben sich 14 000 Personen für die Loslösung von Bayern erklärt. Das sind Zahlen, die sich nicht aus der Welt schaffen lassen. Die böse Blamage für die bayerische Staatsregierung, die in diesem elementaren Ausdruck eines enttäuschten Volkswillens lebt, hätte leicht vermieden werden können, wenn man auch in Nürnberg mehr auf die sozialdemokratischen Warnungen und Vorschläge gehört hätte.

Die Buße für Passau und Juggstahl.

Die von Deutschland für die Vorfälle in Jomostadt und Passau gezahlte Buße von 1 Million Goldmark ist in Paris eingetroffen und hat nach einer Korrespondenzmeldung

Auf Blatt 5 des hiesigen Reichsgenossenschaftsregisters den Konsumverein zu Wülfen St. Jacob, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Wülfen St. Jacob betr., ist heute eingetragen worden, daß die Satzung hinsichtlich der §§ 62, 64, 68 und 75 abgedruckt worden ist. Geschäftsanteil und Haftsumme sind auf je 2000 M. erhöht, das Geschäftsjahr ist auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni verlegt worden.

Amtsgericht Lichtenstein-Callnberg, d. 19. Dez. 1922.

Umgestaltung der Angestelltenversicherung.

Nachdem mit Beginn des Kalenderjahres 1923 die Beiträge zur Angestelltenversicherung durch Monatsmarken zu besorgen sind, werden die Firmen und Arbeitgeber, die versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen, hiermit veranlaßt, die Zahl der benötigten neuen Versicherungskarten umgehend bei der Ausgabe stelle anzufordern. Die Versicherungskarten, die in allen Fällen die Nr. 1 erhalten, sind hiernach ordnungsgemäß mit Titeln auszufüllen und der Ausgabe stelle wieder zur Abkempfung vorzulegen (vergl. § 17 Abs. 3).

Die bisherigen Karten dürfen nicht weiter benutzt werden, ein Einkleben von Beitragsmarken in diese Karten ist unzulässig. Die neuen Beitragsmarken werden durch die Reichspost verkauft.

Weitere Auskunft erteilt die Ausgabe stelle, die sich im Rathaus — Verkehrsamt — befindet. Lichtenstein-Callnberg, am 20. Dezember 1922. Die Ausgabe stelle.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Amtshauptmann Dr. Knüpfer in Freiberg ist in das Finanzministerium berufen worden, zunächst als Oberregierungsrat. Dem Betreffenden nach ist er für eine demnächst stattfindende zur Verfügung stehende Ministerialratsstelle in Aussicht genommen.

* In Dresden ist eine litauische Delegation unter Führung des litauischen Gesandten Schaulis eingetroffen, um mit Deutschland Verhandlungen über den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens zu beginnen.

* Nach einer Meldung des „Oberhessischen Wanderer“ aus Laurabütte drang eine mehrköpfige Räuberbande in das Wohnhaus der Fanny-Grube und raubte die gesamten Lohngehälter in Höhe von mehr als 10 Millionen Mark. Die Täter sind unerkannt entkommen.

* Laut „Ceslo Slovo“ bildete sich in Reichenberg eine tschechische Fallschirmorganisation, welche das Militär und die Gendarmen überwacht.

Deutsches Reich

Umschwung in der Sozialdemokratie?

Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen wird geschrieben: Die Sozialdemokratie erkennt bereits an, daß die neue deutsche Regierung bisher nicht ganz erfolglos gearbeitet hat und anscheinend den richtigen Weg zum Wiederaufschwung Deutschlands einschlägt. Die Stimmung der sozialdemokratischen Parteiführer ist bei den letzten Besprechungen der Parteien bei dem Kanzler sichtlich zu Gunsten des Kanzlers umgeschlagen. Der amerikanische Umschwung ist zu einem guten Teile den Beziehungen Dr. Cuno zu danken. Die Sozialdemokratie wird Anfang Januar ihre Ansichten wahrscheinlich ändern und den Kanzler wirksam unterstützen. Es gilt auch nicht als ausgeschlossen, daß das Kabinett eine Erweiterung durch zwei sozialistische Minister erfährt. Innerhalb der Reichstagsfraktion der vereinigten sozialdemokratischen Parteien sind die Freunde für eine Mitarbeit in der Regierung ständig im Wachsen begriffen.

Abwertung der Besatzungskosten für Deutschland.

Wie in Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, will Amerika bei seinen Versuchen zur Stabilisierung der deutschen Mark im Januar auch an die Besatzungsmächte im Rheinland das Ersuchen richten, in Erwägungen über eine

Die Flug...
In der ver...
abzählgebäude von...
men untergebracht...
des Feuers ist auf...
ngen der Funken...
ea Brand wurden...
Teil...
führer...
dwerks scheidt uns...
reisen immer dring...
ot allem Qualitäts...
zur wirtschaftlichen...
verkehrsministerium...
Ottobert nicht beach...
tlichen Bestimmungen...
ter dahin abändert...
führerlaufbahn zuge...
daß Beamtenschaft...
vorgebildeten Volk...
nd deren Dienstfreu...
de, der dem deut...
ner entgegenbringt...
iß, daß in Zukunft...
berufen werden sol...
die aber nicht die...
ren können, wie der...
d praktisch gut ge...
r. Es muß unbed...
ezogen wird, ehe sich...
wertlicher Leistungen...
betrieblichen Leistu...
gemeinheit anwirkt...
ben genügend zur...
Callnberg...
8 Uhr 3. Abends...
rogramm 10 Uhr...
erall!
Deimat unterrichtet
Bänderer
te Tageszeitung,
Oberhessens.
sucht.
en will,
en kauf...
sen will
eine Anzette im
vielen Leuten, die
sen wollen, neue
Grundstück, Ge...
nt verkaufen will,
folg durch eine
in der Geschäfts...
tebl.“ ohne jeden